



AXEL WINTERMEYER

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS
PARLAMENARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER
DER CDU-LANDTAGSFRAKTION

CDU-LANDTAGSFRAKTION
SCHLOSSPLATZ 1-3
65183 WIESBADEN
TELEFON 0611 350-531
TELEFAX 0611 350-555
a.wintermeyer@ltg.hessen.de
www.cdu-fraktion-hessen.de

Entwicklungspolitisches Netzwerk
EPN Hessen e.V.
Vilbeler Str. 36

60313 Frankfurt

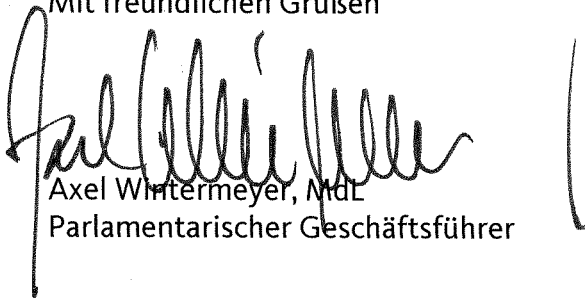
Wiesbaden, 3. Januar 2008
AW/th

Sehr geehrter Herr van Baaijen,

für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2008 bedanke ich mich, auch im Namen unserer Fraktion.

Beiliegend gebe ich Ihnen heute die Antwort der CDU-Landtagsfraktion zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen



Axel Wintermeyer, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anlage: Antwort der CDU-Landtagsfraktion

Frage 1)

Unterstützen Sie die Forderung nach struktureller Förderung der Aktivitäten des EPN Hessen e.V.?

Ja.

Wenn ja, wie?

Zur Unterstützung bürgerlichen Engagements hat die CDU geführte Landesregierung die Gründung des Entwicklungspolitischen Netzwerks Hessen begleitet und gefördert, in dem sich die wesentlichen Nichtregierungsorganisationen, die nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern unterstützen, zusammengeschlossen haben. Das bürgerliche Engagement von Nicht-Regierungsorganisationen wird durch die Projektförderung zusätzlich unterstützt.

Frage 2a)

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Haushaltsmittel für die Bildungs- und Projektzusammenarbeit der Nichtregierungsorganisationen (NRO) auf mindestens den Betrag wie im Haushalt 2003 (534.000 EUR) anzuheben?

Wir setzen auf das Prinzip der Subsidiarität und fördern Projekte aus dem Kreis von Nicht-Regierungsorganisationen. Die Landesförderung verstärkt so die in ehrenamtlichem Engagement gesammelten Ressourcen und erschließt zusätzliche Fördermöglichkeiten durch dritte Partner.

Selbst wenn der Hessische Landtag ein größeres Budget für die Entwicklungszusammenarbeit bereit stellen würde, bliebe es eine wichtige Aufgabe, Prioritäten zu bilden und solche Projekte zu fördern, die nachhaltige Entwicklungsprozesse in den ausgewählten Entwicklungsländern stärken können.

Frage 2b)

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Hessen die Forderung der UNO und des Europäischen Rats umsetzt, 0,7% des Bruttonettoprodukts für entwicklungspolitische Aktivitäten zur Verfügung zu stellen?

Hessen ist wie kein anderes Bundesland in Deutschland durch die Internationalität seines Standorts geprägt. Diese Internationalität ist ein wesentlicher Faktor für die erfolgreiche Integration hessischer Unternehmen in die Weltwirtschaft. Dies sichert Beschäftigung, schafft neue Arbeitsplätze und ist eine wichtige Voraussetzung für den Spitzenplatz Hessens im Wettbewerb der Wirtschaftsregionen. Unter dem Vorzeichen der weiteren Globalisierung der Märkte werden große Entwicklungspotenziale in den Ländern in Lateinamerika, im Nahen und Mittleren Osten sowie in den anderen asiatischen Staaten gesehen. Deshalb wurde die Förderung auf Projekte ausgerichtet, die wirtschaftliches Handeln stärken, auf wirtschaftsnahe Maßnahmen, die den Partnern in den Entwicklungsländern die Eingliederung in den Weltmarkt erleichtern.

Frage 3)

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, den entwicklungspolitischen Schwerpunkt in der Projektförderung des Landes Hessen auf den Bereich „Armutsbekämpfung“ zu verlagern bzw. um diesen zu ergänzen?

Ja.

Wenn ja, wie?

Die inhaltlichen Schwerpunkte der CDU Hessen gehen von der Position aus, dass wirtschaftliche Entwicklung die notwendigen Voraussetzungen für Armutsbekämpfung schafft. Die Stärkung des privatwirtschaftlichen Sektors in den Entwicklungsländern fördert Wachstum und Beschäftigung, sie verbessert die Qualifizierung von Arbeitskräften und schafft Einkommen.

Deshalb wurde die Förderung auf Projekte ausgerichtet, die wirtschaftliches Handeln stärken, auf wirtschaftsnahe Maßnahmen, die den Partnern in den Entwicklungsländern die Eingliederung in den Weltmarkt erleichtern.

Wir fördern Aus- und Weiterbildungsprojekte, die Vermittlung von Know-how und die Stärkung marktwirtschaftlicher Strukturen – vom Selbsthilfeprojekt bis zur Qualifizierung von Fachkräften bei der Einführung integrierter Managementsysteme.

Frage 4)

Unterstützen Sie die Forderung, das Konzept einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (UN Dekade) gemäß des 2007 von der Kultusministerkonferenz und dem

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgestellten „Orientierungsrahmen Globale Entwicklung“ in Hessen in allen Schulformen umzusetzen, sowie in die Aus- und Fortbildungspläne der Fachhochschulen für die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes stärker entwicklungspolitische Themen aufzunehmen?

Ja.

Wenn ja, wie?

In den weiterführenden Schulen sollten Jugendliche mit dem Thema nachhaltige Entwicklung befasst werden – allerdings nicht in Form einer „Überfrachtung“ der Lehrpläne. Dagegen scheint es uns nicht vordringlich zu sein, Entwicklungspolitik in der Aus- und Fortbildung für den Öffentlichen Dienst in Hessen stärker zu thematisieren, da deren Angehörige sich bei speziellem Interesse selbständig extern weiterbilden oder entsprechend engagieren können.

Frage 5)

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen nach Einrichtung eines entwicklungspolitischen Landesbeirats in Hessen?

Die CDU will eine Entwicklungszusammenarbeit fortsetzen, die wirtschaftliche Entwicklung stärkt und die Nicht-Regierungsorganisationen aus Hessen in die Lage versetzt, ihre Projekte mit ihren Partnern in den ausgewählten Entwicklungsländern erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

Frage 6a)

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Gemeindordnung so zu ändern, dass a: das Engagement kommunaler Stellen zum Thema Entwicklungszusammenarbeit durch das Land Hessen gefördert und eine Haushaltsstelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) eingerichtet wird? b. kommunale entwicklungspolitische Beauftragte ernannt werden?

Der Wirkungskreis der Gemeinden wird durch § 2 HGO auf das Gemeindegebiet begrenzt. Allenfalls im Rahmen von Städtepartnerschaften erscheint der CDU ein kommunales Engagement vertretbar, wenn die Haushaltswirtschaft der Kommune ausgeglichen ist. Bedenken muss man dabei auch die Grundentscheidung der HGO zur wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden: Es ist schwierig zu vermitteln, dass sich eine hessische

Gemeinde also nur noch innerhalb ihres Gebietes wirtschaftlich betätigen darf, aber die von Bürgern bezahlten Steuern auch im Ausland ausgeben darf.

Frage 6b)

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Agenda 21 – Prozess durch die Landesregierung in Hessen und in den hessischen Kommunen gefördert wird?

Die CDU sieht aus grundsätzlichen Erwägungen eine Ausdehnung des Beauftragtenwesens in der Kommunalverfassung kritisch.

Frage 7)

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Landesregierung möge sich aktiv dafür einsetzen, in der öffentlichen Beschaffung fair und nachhaltig produzierte und gehandelte Waren einzukaufen und einzusetzen?

Derzeit gibt es keine allgemeine rechtliche Vorgabe, die soziale Mindeststandards, wie sie im Sinne des fairen Handels verstanden werden, für die Vergabeverfahren festgelegt.

Frage 8)

*Unterstützen Sie die Forderung des EPN an die die Hessische Landesregierung, im Sinne einer Regierungsführung der globalen Verantwortung Initiativen auf EU- und Bundesebene zu folgenden Themen zu initiieren bzw. mitzutragen? **a.** Einführung der sozialen Mindeststandards der ILO von 1998 sowie von Umweltstandards im Welthandel **b.** Abschaffung von Exportsubventionen und Schutz regionaler Märkte, Förderung nachhaltiger regionaler Agrarproduktion **c.** Einführung demokratischer Strukturen in der „Global Governance“: Umstrukturierung von WTO, IWF, Weltbank und G8 zu demokratisch kontrollierten Institutionen **d.** Umfassende Schuldenstreichung für Länder des Südens in Verbindung mit Maßnahmen, die eine nachhaltige und eigenständige Entwicklung gewährleisten **e.** Verzicht auf Rüstungsexporte in Länder, die diese Waffen gegen ihre eigene Bevölkerung anwenden könnten*

Die aufgeworfenen Probleme sind im Rahmen der Kompetenzen eines Bundeslandes auch nicht ansatzweise lösbar. Die CDU Hessen teilt diesbezüglich die Positionen der CDU Deutschlands, wie sie im kürzlich beschlossenen Grundsatzprogramm dargelegt sind:

Wir treten für eine zunehmend integrierte Weltwirtschaft mit einem freien und gerechten Welthandel ein und wollen deshalb Institutionen wie die Welthandelsorganisation stärken. Für Deutschland ist die Sicherheit internationaler Handelswege ein vitales Interesse. Damit wird es unserem Land besser möglich, sich an der weltweiten Mehrung von Wohlstand zu beteiligen. Zugleich fördert freier und gerechter Handel die Überwindung von Armut und trägt damit zur ökonomischen und politischen Stabilisierung von Staaten bei, die sonst zu scheitern drohen.

Es liegt in Deutschlands Interesse, bei der Bewältigung der Entwicklungsprobleme vieler Länder – Armut, Unterentwicklung, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung, Kriege, Terrorismus und Staatszerfall – mitzuwirken. Unsere Entwicklungspolitik der partnerschaftlichen Zusammenarbeit ruht auf drei Säulen: Erstens der Verantwortung für die unter Armut Leidenden und für die Schöpfung auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes; zweitens der Abwehr von Risiken und drittens der Stärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Partnerschaften. Entwicklungspartnerschaft bedeutet für uns, dass wir eigene Reforminitiativen stärken und Mitverantwortung der Entwicklungsländer einfordern.

Entwicklungspolitik ist wertgebunden. Sie ist Teil einer Weltordnungspolitik. Wir sehen in freiheitlicher Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und einer sozial verpflichteten marktwirtschaftlichen Ordnung, die zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, den besten Weg, Entwicklung in armen Ländern zu fördern. Diese Ziele sind Kernelemente unserer Entwicklungspolitik. Entwicklungszusammenarbeit, die langfristig wirken soll, setzt konsequente eigene Anstrengungen insbesondere vonseiten der politischen Entscheidungsträger und der Eliten in den Entwicklungsländern voraus. Wir leisten Hilfe zur Selbsthilfe.

Wir treten ein für die Fortsetzung der weltweiten Abrüstung, die Stärkung der Rüstungskontrolle und eine europäisch koordinierte Handhabung der Rüstungsexporte. Die Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägertechnologien fördert den Weltfrieden und trägt zu unserer Sicherheit bei. Wir werden darauf hinwirken, dass die internationale Gemeinschaft mit Entschlossenheit und Geschlossenheit auf solche Kräfte einwirkt, die gegen internationale Regeln und Abkommen verstoßen.

Frage 9)

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Landesregierung möge a. verstärkt solche Projekte unterstützen, die Klimaschutz und Armutsbekämpfung

verbinden, z.B. durch die Förderung von erneuerbaren Energien? **b.** mit konkreten Projekten die Förderung der Informations- und Sensibilisierungsarbeit über die globalen und lokalen Zusammenhänge zwischen Klimaschutz, Energiegerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung deutlich machen?

Ja.

Wenn ja, wie?

Die Herausforderungen des Klimawandels sind von globaler Bedeutung, da diese nicht an Landesgrenzen halt machen. Für den Schutz des Klimas ist es unerheblich, an welchem Ort der Welt eine Verminderung der als klimaschädigend geltenden Treibhausgase erfolgt. Oft sind die erforderlichen Vermeidungskosten in Schwellen- bzw. Entwicklungsländern deutlich niedriger als in Industrieländern, so dass beide Seiten von diesen flexiblen, länderübergreifenden Klimaschutzprojekten profitieren können. In Frage käme beispielsweise die Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien wie beispielsweise Windkraft oder Photovoltaik, für die gerade in Schwellen- und Entwicklungsländern oft günstigere Standortbedingungen herrschen, als hierzulande. Das Land Hessen unterstützt solche projektbezogenen Mechanismen zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes durch die kürzlich eingerichtete Transferstelle Internationaler Emissionshandel.

Frage 10a)

*Hessen ist - wie die BRD - ein Einwanderungsland. Migration stellt dabei einen Aspekt jener globalisierten Weltgesellschaft dar, an der die hessische Wirtschaft und Gesellschaft partizipieren und gleichermaßen profitieren. Migration ist ebenso Teil unserer Gesellschaft wie etwa das Verhältnis der Generationen oder jenes zwischen Armut und Reichtum. Integration ist ein Prozess, an dem alle Seiten gleichermaßen beteiligt sind: Der Appell zur Integration bedeutet daher, dass auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft lernen muss, sich in verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht zu finden und darin zukunftsgerichtet, offen und solidarisch zu handeln. Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Landesregierung möge **a.** alles tun, damit Migrant/innen in Hessen zukünftig die gleichen Chancen und Möglichkeiten erhalten wie die Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft? **b.** allen Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, in Behörden und Institutionen, in der Schule und im Arbeitsleben aktiv entgegen treten?*

Die durch die hessische Verfassung und das Grundgesetz allen Menschen garantierten Rechte gelten selbstverständlich auch für Asylsuchende. Das Recht auf Freizügigkeit steht aber nur Deutschen zu. Somit kann schon von daher die Freizügigkeit von Asylsuchenden eingeschränkt werden. Artikel 6 des Grundgesetzes, die hessische Verfassung und auch die Europäische Menschenrechtskonvention schützen Ehe und Familie. Dies bedeutet aber nicht, dass es keine Abschiebungen von Kindern geben dürfe. In jedem Einzelfall haben die Behörden zu prüfen, ob aus diesen Grundrechten Abschiebeschutz zu gewähren ist. Denkbar sind in diesen Fällen auch getrennte Abschiebungen, zumal die Abschiebung das letzte Mittel ist, Ausreisepflichten durchzusetzen. Vermieden kann dies in den weit aus meisten Fällen durch eine freiwillige Ausreise. Auch die Frage der Erkrankung von Abzuschiebenden ist in jedem Einzelfall zu prüfen. Dabei ist die Frage der Behandelbarkeit im Heimatland und ein Erkrankung als Vollzugshindernis zu unterscheiden. Letztlich wird dies in fast allen Fällen gerichtlich überprüft. Genereller Handlungsbedarf besteht insoweit nicht.

Frage 10b)

Kriege, Armut und Flüchtlinge sind täglicher Teil der globalisierten Weltgesellschaft. Die individuellen Gründe für Flucht und Asyl liegen im Fehlen eigener Perspektiven, in den Unterschieden zwischen reich und arm, in Krieg oder Verfolgung. Menschen, die auf der Flucht sind oder Asyl beantragen, gebührt ein besonderer gesellschaftlicher und politischer Schutz. Die Reife und Güte unserer Gesellschaft zeichnet sich auch dadurch aus, wie wir mit Menschen umgehen, denen eine persönliche Unversehrtheit vorenthalten wird. Das neue Aufenthaltsgesetz wurde geändert, um Kettenduldungen von AsylbewerberInnen abzuschaffen. Die permanente Existenzunsicherheit dieser Personen sollte verbessert und Integrationsmöglichkeiten geschaffen werden. In der Praxis zeigt sich jedoch: Weiterhin werden durch Abschiebungen Familien getrennt, Kinder, hier geboren und aufgewachsen, aus ihrem Lebensumfeld verbannt und kranke Menschen aus therapeutischen Behandlungen gerissen. Jugendliche beim Eintritt in die Volljährigkeit sind bedroht, da sie aus dem Asylverfahren der Eltern herausfallen. Auch durch die Bleiberechtsregelung wird nur ein Teil der Geduldeten einen Aufenthalt bekommen, am grundsätzlichen Problem der Kettenduldungen ändert sich nichts. Eine Möglichkeit, hier Abhilfe zu schaffen, kann die Härtefallkommission darstellen. Hessen hat zwar die Möglichkeit genutzt, eine solche einzurichten, im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern wurden in die Kommission jedoch keine Fachleute aus Wohlfahrtsverbänden oder Flüchtlingsorganisationen berufen. Sind Sie bereit sich dafür einzusetzen, a. dass der durch die hessische Verfassung und das Grundgesetz garantierte Schutz (Unverletzlichkeit der Person und der Familie, Recht auf Freizügigkeit) auch für Asylsuchende gilt, dass insbesondere Minderjährige und kranke Menschen nicht

*abgeschoben werden und Familientrennungen künftig verhindert werden? **b.** dass die Härtefallkommission in Hessen mit Fachleuten aus dem Flüchtlingsbereich besetzt wird? **c.** dass die Integrationsmöglichkeiten von Asylsuchenden in unserer Gesellschaft gestärkt und gefördert werden, insbesondere im Bereich der beruflichen Ausbildung Jugendlicher?*

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Härtefallkommission mit den Mitgliedern des Petitionsausschusses besetzt wird. Im Petitionsausschuss ist genau der Sachverstand und die Erfahrung vorhanden, der erforderlich ist, um sich mit den schwierigen und oft auch menschlich nahe gehenden Fällen zu beschäftigen, in denen die einfache Gesetzeslage dem Einzelfall nicht gerecht zu werden scheint. Wir sind der Ansicht, dass ein solches Gremium im Hessischen Landtag verankert sein muss. Einer mit Vertretern unterschiedlichster Interessenverbände besetzte Kommission würde die demokratische Legitimation fehlen, die gerade in dieser hochsensiblen Materie von entscheidender Bedeutung ist.